

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungstermin: Dienstag, 03.09.2024
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:41 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Renken, Bernd

SPD-Fraktion

Rehling, Gertrud
Stomberg, Holger
Strelow, Gregor
Winter, Maria

für Harald Hemken

CDU-Fraktion

Hegewald, Reinhard
Verlee, Gerold

(bis 18:38 Uhr)

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Borchers, Sebastian

(ab 17:03 Uhr)

FDP-Fraktion

Bolinus, Erich

(bis 18:39 Uhr)

GfE-Fraktion

Janssen, Bernd

(ab 17:01 Uhr)

BSW-Fraktion

Luitjens, Stefan

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

von der Verwaltung

Jakobs, Stefan
Behrens, Sebastian
Hensmann, Rainer

(bis 17:17 Uhr)

Protokollführung

Klaaßen, Celina

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 03.09.2024

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Renken begrüßt die Anwesenden. Er sei der Ansicht, man könne heute keine Sitzung eröffnen, ohne zumindest ein Wort über die Situation bei Emdens Hauptsteuerzahler zu verlieren. Es gehe um Arbeitsplätze in der Region und um den Standort des größten Industrierwerkes in Ostfriesland. Es liege jenseits seiner Vorstellungskraft, dass das Werk Emden auf einer Schließungsliste des VW-Vorstandes stehe. Angesichts der beachtlichen Investition in den Standort Emden in den letzten Jahren und dem Umstieg auf die E-Mobilität, der Ende des Jahres abgeschlossen sein werde, sei es für ihn kaum vorstellbar, dass man in die Situation gerate, den Standort Emden zu verlieren. Dennoch sei dies natürlich auch für die städtischen Einnahmen ein herber Schlag. Er gehe davon aus, dass sich die Situation in den nächsten Jahren weiter schwierig gestalten werde und deshalb sei es umso herausfordernder, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung weiterzumachen und nicht nachzulassen. Er wünscht dem Betriebsrat, der IG Metall und dem Werksleiter Herrn Schwarz alles Gute für den Erhalt des Standortes und die Weiterentwicklung des Werkes.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 20.06.2024 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 23 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 20.06.2024 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Frau Janika Walter (1. Vorsitzende des DEHOGA-Kreisverband Emden) möchte hinsichtlich der Übernachtungssteuer wissen, wie es sich verhalte, wenn Reservierungen für das Jahr 2025 bereits vorgenommen worden seien. Sie fragt, ob die Gäste die Steuer trotzdem zahlen müssten oder sie davon ausgenommen würden.

Herr Jakobs antwortet, sofern der Satzungsentwurf in der vorliegenden Form beschlossen werde, sei es entscheidend, wann die Übernachtung stattfinde und nicht, wann die Buchung erfolge. Das bedeute, dass eine Buchung, die heute vorgenommen werde und 2025 stattfinde,

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 03.09.2024

der Steuer unterliege. Es sei jedoch möglich, dass Änderungsanträge zur Satzung gestellt würden, die bestimmte Zeiträume ausnehmen, sodass die Steuer nur für Buchungen ab einem bestimmten Zeitpunkt gelte, falls die Übernachtung 2025 stattfinde. Da bisher jedoch keine Änderungsanträge zum Satzungsentwurf eingegangen seien, könne er nur bestätigen, dass die Steuer in diesem Fall relevant sei.

Frau Walter erkundigt sich weiter, ob der Steuersatz bei 3,5 % bleibe, falls keine Änderungen vorgenommen würden.

Herr Renken erklärt, dass dies die Vorlage der Verwaltung sei und die endgültige Entscheidung darüber durch den Rat getroffen werde.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Beschluss über einen Aufnahmeantrag zur Begründung einer Mitgliedschaft im Bereich Trinkwasser im Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband (OOWV)
Vorlage: 18/1134

Herr Hensmann erläutert die Vorlage ausführlich.

Herr Renken bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius entgegnet, dass es gegen dieses Thema nichts einzuwenden gebe. Er weist darauf hin, dass er vor etwa 25 Jahren im Auftrag der Stadt bei der OOWV als Aufsichtsratsmitglied delegiert worden sei. Er fragt, warum dies damals aufgekündigt worden sei und die Stadt jetzt wieder beitreten möchte.

Herr Hensmann antwortet, dass er eigentlich davon ausgegangen sei, dass die Stadt noch nie Mitglied im Zweckverband OOWV gewesen sei. Er schlägt vor, sofern Herr Bolinius Unterlagen habe, die zeigten, in welcher Funktion er damals tätig gewesen sei, dass man sich gerne zusammensetzen könne. Für ihn sei dies ebenfalls von Interesse, da ihm hierzu keine Informationen vorliegen würden.

Herr Jahnke fügt hinzu, er erinnere sich dunkel daran, dass es einmal eine Gesellschaft gegeben habe, bei der der OOWV unter anderem Anteilseigner gewesen sei, ebenso wie die Stadt Emden. Man habe diesen Anteil jedoch irgendwann verkauft und in diesem Zusammenhang habe es auch einen Vertreter in der Gesellschafterversammlung gegeben. Man werde dies aber noch einmal prüfen.

Anmerkung der Protokollführung:

Es handelt sich bei der vermuteten Mitgliedschaft um die Gesellschafterstellung der Stadt Emden bei der Industriewasserversorgungsgesellschaft Nord-West mbH (IWAG). Die Stadt war bis Ende 2014 mit 16% (rd. 26.000 Euro) am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt. Weitere Gesellschafter waren mit 68% der Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband (OOWV) und die Stadt Wilhelmshaven mit weiteren 16%. Die Beweggründe für die Beteiligung der Stadt Emden an der Gesellschaft konnten aus den vorliegenden Akten nicht recherchiert werden. Die ehemalige Gesellschafterstellung der Stadt Emden in der IWAG steht in keinem Zusammenhang mit der im Ausschuss beschlossenen Mitgliedschaft im OOWV.

Geschäftsinhalt der Gesellschaft war der Ankauf von bis zu 2,5 Mio.m³ Trinkwasser vom OOWV und der Weiterverkauf der bezogenen Mengen an die Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft mbH als einzigen Kunden.

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 03.09.2024

Mit Beschluss vom 03.07.2014 hat der Rat der Stadt Emden den Verkauf der Anteile der Stadt Emden an der Gesellschaft beschlossen, mit Vertrag vom 11.11.2014 wurde der Verkauf der Anteile notariell beurkundet. Die Stadt Wilhelmshaven hat ihre Anteile ebenfalls Ende 2014 verkauft (schriftliche Mitteilung von Herrn Hensmann v. 04.09.2024).

Herr Renken erkundigt sich nach den Wasserpreisen und dem Einfluss auf die Preisgestaltung seitens der Stadt Emden als Mitglied in der Verbandsversammlung OOWV.

Herr Hensmann erklärt, dass der OOWV seine Wasserpreise regional differenziere, da er als Zweckverband versuche, kostendeckend zu arbeiten, ohne übermäßige Gewinne zu erzielen. In verschiedenen Bereichen gebe es unterschiedliche Gestellungskosten. In Bezug auf spezielle Trinkwasserpreise für diesen Bereich könne er keine genaue Auskunft geben, es sei jedoch derzeit keine Erhöhung der Trinkwasserpreise geplant. Zudem seien die Preise in diesen Bereichen unter denen der Stadtwerke, sodass keine Gefahr bestehe, dass die Bürgerinnen und Bürger übermäßig belastet würden.

Beschluss: Die Stadt Emden beantragt ihre Mitgliedschaft im OOWV und erteilt ihr Einvernehmen zur Übertragung der Aufgabe der Trinkwasserversorgung auf den OOWV in dem Emder Stadtgebiet gemäß Anlage 1 der Vorlage 18/1134. Dem Begleitvertrag zur Mitgliedschaft für den Bereich Trinkwasser (Anlage 2 der Vorlage 18/1134) wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 18/1316

Herr Renken äußert, dass er vor Beginn des Tagesordnungspunktes noch einige generelle Fragen zum Haushalt habe, da sich zwischenzeitlich einiges verändert hätte. Zum einen würde es um die neuen statistischen Daten gehen, auf deren Grundlage der kommunale Finanzausgleich berechnet werde. Er erwähnt eine Pressemitteilung und Äußerungen des Oberbürgermeisters, dass dazu Stellung genommen werde. Laut einer Modellrechnung des Statistischen Landesamtes werde für 2024 mit einer Reduzierung von mehreren 100 Tsd. € gerechnet, konkret etwa 500 Tsd. €. Er bittet um Klärung dieses Punktes. Zudem wollte er wissen, wie der Stand bezüglich der Umsatzsteuer, insbesondere im Hinblick auf die Parkgebühren, sei. Er habe gelesen, dass es zu § 2 b des Umsatzsteuergesetzes eine weitere Verlängerung bis 2027 gebe. Auch hierzu bittet er um eine aktuelle Information. Des Weiteren fragt er nach eventuellen neuen Entwicklungen in Bezug auf die Grundsteuer.

Herr Jahnke erklärt, dass am 27.09.2024 erstmals ein Doppelhaushalt in der Geschichte der Stadt Emden eingebracht werde und dabei alle aktuellen Daten berücksichtigt würden. In Bezug auf die Grundsteuer sei klar, dass sich für die Haushaltsplanung zunächst nichts ändere und eine Aufkommensneutralität bestehen bleibe. Für einzelne Bürgerinnen und Bürger hingegen werde es natürlich Anpassungen geben, da die Hebesätze verändert werden müssten. Auch innerhalb der Strukturkommission habe man das Thema intensiv diskutiert und beschlossen, die Grundsteuer nicht als Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung zu nutzen, da die Reform ohnehin anstehe und man zunächst abwarten wolle, ob Klagen eingereicht würden. Zum Thema Umsatz- und Einkommensteuer führt Herr Jahnke aus, dass man sich stets der aktuellen statistischen Schätzungen bediene und diese auch in den Haushalt einfließen würden. Der kommunale Finanzausgleich sei schwer prognostizierbar, da er von der Wirtschafts- und Steuerkraft und den Sozialaufwendungen der niedersächsischen Kommunen abhängе. Genauere Daten erwarte man

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 03.09.2024

erst im November. Diese hätten in den Haushaltsberatungen zwischen der Einbringung und der Beschlussfassung häufig beträchtliche Veränderungen ergeben. Darüber hinaus spricht er an, dass man auch die Gewerbesteuer intensiv diskutiert habe und aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage der Beschluss gefasst worden sei, die Gewerbesteuer nicht anzupassen. Er betont, dass dies keine leichte Entscheidung gewesen sei, und weist darauf hin, dass die wirtschaftliche Situation, gerade bei VW, ein dringenderes Problem darstelle. Abschließend äußerte Herr Jahnke seine Hoffnung, dass nun auch die E-Mobilität weiter vorangetrieben würde, da zukunftsorientiert in das VW-Werk Emden investiert worden sei. Zwar sei der Ausbau der Infrastruktur durch die Bundespolitik noch nicht so weit fortgeschritten, wie man es sich wünsche, aber er zeigt sich optimistisch, dass der Standort Emden sich weiterentwickeln werde. Zudem weist er darauf hin, dass viele mittelständische Zulieferbetriebe ebenfalls von der Situation abhängen, weshalb er hoffe, dass VW es schaffe, die E-Mobilität zu einer Erfolgsgeschichte zu machen.

Weiter stellt Herr Jahnke die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Zur Maßnahme der vollständigen Parkraumbewirtschaftung (insbes. Aufhebung freies Parken) inkl. Anwohnerparken ergänzt **Herr Jakobs**, dass der Gesetzgeber die Kommunen in die Lage versetzen werde, die Einführung von § 2b Umsatzsteuergesetz nochmals um ein Jahr zu verschieben. Allerdings sei die Umsatzsteuerpflicht bei der Parkraumbewirtschaftung unabhängig von § 2b, da diese schon nach dem alten Recht bestehe. Die Stadt müsse daher die entsprechenden Flächen in die Umsatzsteuerpflicht einbeziehen, unabhängig davon, ob § 2b angewendet werde oder nicht.

Herr Jahnke begrüßt das Konsolidierungspaket als ein solides Signal, auch wenn es angesichts steigender Personalkosten, insbesondere durch geplante Tarifsteigerungen von zweimal 5 % in den Jahren 2025 und 2026, nicht ausreichend sein werde. Dieses Paket zeige jedoch, dass die Stadt Emden eigenständig und freiwillig Maßnahmen ergreife, um ihre finanzielle Situation zu verbessern, obwohl sie gesetzlich noch nicht verpflichtet sei, ein Sicherungskonzept umzusetzen.

Herr Renken bedankt sich für die Ausführungen, weist aber darauf hin, dass es unterschiedliche Meinungen zur Übernachtungssteuer gebe. Er schlägt vor, diesen Punkt separat abzustimmen oder die Satzung zur Übernachtungssteuer vorzuziehen, um die anderen Maßnahmen unabhängig davon zu beschließen.

Herr Jahnke unterstützt die Idee, die Übernachtungssteuer aus dem aktuellen Paket herauszunehmen und nur über die anderen bereits festgelegten Maßnahmen abzustimmen, da die Übernachtungssteuer ohnehin als gesonderter Tagesordnungspunkt behandelt werde.

Frau Winter bedankt sich für die Erläuterungen und bestätigt, dass die Haushaltsstrukturkommission intensiv über die verschiedenen Maßnahmen diskutiert habe. Man sei sich bewusst, dass die Bürgerinnen und Bürger durch z. B. höhere Energiekosten bereits belastet seien, weshalb es schwierig gewesen sei, weitere Maßnahmen zu beschließen. Dennoch sei man mit diesen Maßnahmen auf einem guten Weg und werde in den kommenden Jahren weitere Schritte unternehmen, um die Situation zu verbessern. Schließlich fragt sie nach der Höhe der Personalkosten im Gesamthaushalt, woraufhin **Herr Jakobs** diese mit etwa 60 Millionen Euro beziffert. **Frau Winter** kündigt an, dass die SPD-Fraktion allen Punkten auf der Liste zustimmen werde.

Herr Strelow hebt vor, dass es für die Stadt wichtig sei, Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Eigenständigkeit gegenüber der Kommunalaufsicht zu bewahren. Ein Beispiel sei die

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 03.09.2024

Übernachtungssteuer, die nicht die Bürger, sondern die Gäste der Stadt treffe. Er vergleicht dies mit anderen Städten, wo solche Steuern üblich seien, und fordert von der CDU-Fraktion Gegenfinanzierungsvorschläge, wenn sie die Steuer ablehne. Zudem betont er, dass die Stadt langfristig auf finanzielle Unterstützung von Bund und Land angewiesen sei, um den Haushalt zu stabilisieren. Er zeigt sich optimistisch, dass Emden, insbesondere mit Blick auf das VW-Werk und die Umstellung auf E-Mobilität, positiv in die Zukunft schauen könne.

Herr Bolinius äußert sich positiv über die bisherigen Beratungen zu den Konsolidierungsmaßnahmen. Die FDP-Fraktion werde allen Punkten - ausgenommen der Einführung der Übernachtungssteuer - zustimmen. Zudem beklagt er die häufigen Terminänderungen und betont, dass er aufgrund dieser nicht an der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen teilnehmen könne und einen Vertreter senden würde.

Herr Hegewald stimmt zu, dass man nicht in eine negative Stimmung verfallen sollte, insbesondere was das VW-Werk betreffe. Er betont, dass die Stadt ein starkes Signal an das Land Niedersachsen sende, indem sie in fünf Jahren 25 Mio. € konsolidieren wolle. Seine Fraktion stimme den Maßnahmen ebenfalls, bis auf die Einführung der Übernachtungssteuer, zu.

Herr Verlee thematisiert im Hinblick auf den Vorwurf, Gegenfinanzierungsvorschläge zu machen die Personalkosten und kritisiert, dass das Einsparziel bei den Personalkosten nicht ambitioniert genug sei. Er sehe hier weiteres Einsparpotenzial und weist darauf hin, dass die kommenden Jahre finanziell herausfordernd würden.

Frau Winter stimmt dem zu und bemerkt, dass der Fachkräftemangel der Verwaltung ohnehin dabei helfen werde, Stellen unbesetzt zu lassen und so Kosten zu sparen. Sie schlägt vor, den Stellenplan intensiver zu prüfen und mit anderen Kommunen zu vergleichen, da Emden ihrer Kenntnis nach in manchen Bereichen personell besser aufgestellt sei.

Herr Bolinius fragt sich, wie Ratsmitglieder einschätzen sollten, was in den einzelnen Abteilungen der Verwaltung gemacht werde. In der Vergangenheit habe es Gutachten gegeben, die Auskunft über Überkapazitäten gaben. Er betont, dass die Ratsmitglieder nicht in der Lage seien, selbst zu beurteilen, wo Personal überflüssig sei. Daher müsse man sich auf die Verwaltung verlassen.

Herr Renken erklärt hinsichtlich der Terminänderung, dass er dem nächsten Termin am 27. zugestimmt habe, jedoch ebenfalls verärgert war. Er zeigt Verständnis, dass einige Ausschussmitglieder wegen der Teilnahme an einer Messe der Wirtschaftsförderung in Hamburg verhindert seien, was den Termin verkompliziert habe. Als Ausschussvorsitzender müsse er Rücksicht auf die Verwaltung und andere organisatorische Aspekte nehmen.

Des Weiteren kommt er zur Abstimmung und merkt noch einmal an, dass der letzte Punkt der Einführung einer Übernachtungssteuer aus diesem Beschluss gestrichen werden müsse, da diese im nächsten Tagesordnungspunkt behandelt würde.

Abweichender Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die Umsetzung der folgenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen:

- Finanzielle Beteiligung der Kommunen am Ausbau erneuerbarer Energien (§ 6 EEG)
- Einsparung der Personalkosten durch Personalmaßnahmen / Aufgabenkritik
- Pauschale Sachkostenkürzung innerhalb der Verwaltung um 10 %

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 03.09.2024

- Energiekosteneinsparungen im Betrieb Gebäudemanagement
- Gewinnabführung von der Zukunft Emden GmbH von Gewinnen über 100.000,00 Euro

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Einführung einer Übernachtungssteuer zum 01.01.2025
Vorlage: 18/1317

Herr Jakobs erklärt, dass die Satzungsvorlage seit Frühjahr 2023 bekannt sei und es keine Änderungsanträge gegeben habe. Sie solle ab dem 1. Januar 2025 in Kraft treten. Es habe ein Treffen mit der DEHOGA und Vertretern des Mittelstands gegeben, bei dem Bedenken hinsichtlich sinkender Übernachtungszahlen geäußert worden seien. Dennoch gebe es aus anderen Kommunen, in denen diese Steuer eingeführt worden sei, keine nachweisbaren Belege für diese Befürchtungen. Außerdem sei besprochen worden, wie der Aufwand für die Betroffenen minimiert werden könne, indem eine digitale Steuererklärung genutzt werde. Diese sei übersichtlich und erfordere nur wenige Angaben. Weiterhin sei die Frage aufgetreten, was mit bereits getätigten Buchungen für 2025 geschehe. Hier bestehe seitens der Verwaltung die Bereitschaft, Anpassungen vorzunehmen, falls der Rat dies wünsche. Zudem sei angesprochen worden, wie man Ferienwohnungsvermieter erfassen könne, die nicht offiziell gemeldet seien. Er erläutere, dass solche Angebote, die in den Medien beworben würden, erfasst und die Anbieter angeschrieben würden. Eine Liste liege bereits vor. Herr Jakobs betont, dass man sicherstellen wolle, dass Steuergerechtigkeit erreicht werde. Der vorgeschlagene Steuersatz liege bei 3,5 %. Weiter unterstreicht er, dass es sich um eine Übernachtungssteuer handele, nicht um eine Bettensteuer, und dass auch Wohnmobil- und Campingplätze betroffen seien. Die Stadt Emden werde in den nächsten Jahren weiter erheblich in die Innenstadt investieren, wovon auch die Gäste profitieren würden.

Herr Verlee fragt, wie es mit Unterkünften aussehe, die für Mitarbeiter erworben würden. **Herr Jakobs** antwortet, dass dies eine Einzelfallprüfung erfordere.

Frau Winter unterstützt die Einführung der Übernachtungssteuer und erklärt, dass man den Antrag dazu bereits im Vorjahr gestellt habe. Sie bezweifelt, dass die Steuer Gäste davon abhalten würde, nach Emden zu kommen, da auch im Umland bereits ähnliche Steuern eingeführt worden seien. Zudem lobt sie den Ansatz, auch private Vermieter in die Steuerpflicht einzubeziehen, und hebt hervor, dass die zusätzliche Einnahme einer Million Euro der Stadt Emden bei der Entschuldung helfen würde. Sie äußert jedoch Bedenken hinsichtlich bereits getätigter Buchungen für 2025.

Herr Jakobs entgegnet, dass eine Regelung getroffen werden könnte, die solche Buchungen ausschließe, wenn der Rat dies beschließe.

Herr Hegewald erklärt, dass die CDU-Fraktion die Steuer ablehne, da sie befürchte, dass Gäste ins Umland ausweichen könnten, was ebenfalls zu einem Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen führen könnte. Zudem kritisiert er, dass die Einnahmen zweckgebunden investiert würden, was nicht zu einer Konsolidierung des Haushalts beitragen würde.

Herr Jahnke entgegnet, dass die Übernachtungssteuer zu einer Verbesserung der Einnahmen im Ergebnishaushalt führe und dies nichts mit dem Investitionshaushalt zu tun habe. Die Stadt habe bereits ein umfassendes Programm zur Sanierung der Innenstadt genehmigt, von dem sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch Gäste profitieren würden. In den letzten Jahren habe

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 03.09.2024

es eine durchaus positive Entwicklung gegeben, was den Tourismus betreffe. Er betont, dass viele andere Städte ähnliche Steuern erhoben hätten, und man werde beobachten, ob sich die Steuer auf das Verhalten der Gäste auswirken würde.

Herr Stomberg ergänzt, dass die Entscheidung innerhalb der Fraktion kontrovers diskutiert worden sei. Man sei jedoch zu dem Schluss gekommen, dass die Steuer für die meisten Gäste keinen entscheidenden Einfluss auf die Wahl ihrer Unterkunft haben werde, da die zusätzlichen Kosten gering seien.

Herr Bolinius erklärt, dass die FDP-Fraktion diese Steuer ablehne, da sie das Hotel- und Gaststättengewerbe zusätzlich belaste. Er stellt fest, dass der Oberbürgermeister und die Wirtschaftsförderung eine solche Steuer ebenfalls ablehnen würden und zitiert aus der Stellungnahme der Verwaltung vom 16.06.2022 „Jedoch schätzt die Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing Emden GmbH die Bettensteuer nicht als das richtige Instrument ein, um eine nachhaltige, verlässliche und faire Finanzierung touristischer Aufgaben sicherzustellen“. Weiter geht er auf einen Bericht der Emdener Zeitung vom 15.11.2022 ein, bei dem Herr Kruthoff der Zeitung auf eine Anfrage hin erklärte, dass „gerade das Hotel- und Gaststättengewerbe aufgrund der stark steigenden Preise für Lebensmittel, Energie und Personal, sowie die extremen Schwierigkeiten in der Personalbeschaffung schwer getroffen seien. Man sollte dankbar für die gute Struktur aus mittelständischen Betrieben sein und die Hoteliers und Wirte unterstützen, statt ihnen zusätzliche Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Eine solche Steuer sei ein Bürokratiemonster“. Weiter erinnert er an die Demonstration der DEHOGA mit vielen Emdener Hoteliers und Wirten vor der Finanzausschusssitzung vor dem Ratssaal, wo sich der Oberbürgermeister in seiner Rede klar auf die Seite der Wirte und Hoteliers gestellt habe. Dies sei ebenfalls dem Artikel der Emdener Zeitung vom 27.04.2024 zu entnehmen. Abschließend argumentiert er, dass diese Steuer den Emdener Bürger dann betreffen würde, wenn der Hotelgast aufgrund der Höhe der Rechnung in die Umgebung abwandere.

Herr Strelow weist darauf hin, dass auch andere Gemeinden im Umland die Steuer einführen würden, da sie ähnliche finanzielle Probleme wie Emden hätten. Er zweifelt daran, dass die Übernachtungszahlen in Emden stark sinken würden. Zudem teilt er mit, dass die SPD-Fraktion nichts dagegen habe, wenn der Satzungsentwurf dahingehend angepasst werde, dass die Übernachtungssteuer erst ab dem 18.09.2024 greife und die vorherigen Buchungen für 2025 nicht betroffen seien.

Herr Renken fragt, ob der Beschluss unmittelbar gelte oder erst nach der Veröffentlichung im Amtsblatt als Satzung in Kraft trete.

Herr Jakobs bestätigt, dass die Satzung nach der Veröffentlichung im Amtsblatt zum 01.01.2025 gelte. Mit dem juristischen Dienst müsse man noch klären, wie dies rechtlich umgesetzt werde. Man würde einen Vorschlag erarbeiten und diesen über eine geänderte Vorlage in der Sitzung des Verwaltungsausschusses und der Ratssitzung einbringen.

Herr Verlee äußert seine Bedenken und betont, dass der Zeitpunkt für die Einführung ungünstig sei, da die Hotellerie besonders im Business-Bereich durch virtuelle Meetings belastet sei. Dies führe ohnehin zu weniger Buchungen, was die Branche vor erhebliche Probleme stelle.

Herr Renken schlägt vor, zur Abstimmung zu kommen und den Beschluss im Verwaltungsausschuss um eine Strichvorlage zu ergänzen.

Herr Jahnke bemerkt, dass nur kleinere Anpassungen notwendig seien und man die Details noch einmal prüfen werde. Es bestehe Einigkeit darüber, dass Klarheit geschaffen werden müsse, ab wann die Regelung gelte und für welche Übernachtungen sie zutreffe.

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 03.09.2024

Herr Renken schließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass eine Beschlussempfehlung an den Rat gegeben und die Abstimmung durchgeführt werde.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 18/1317 als Anlage beigefügte Satzung für eine Übernachtungssteuer mit Wirkung zum 01.01.2025.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 3	Enthaltungen: 0
---------------	-----------------	-----------------

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 8 Anfeindungen gegen Amtsträger?; - Antrag der FDP-Fraktion vom 31.07.2024
Vorlage: 18/1309

Herr Bolinius erklärt, dass er keine weiteren Erläuterungen benötige, da alles aus der Vorlage hervorgehen würde. Seiner Ansicht nach könne der Tagesordnungspunkt so zur Kenntnis genommen werden. Auf die Nachfrage von Herrn Renken stimmt der Ausschuss dem ebenfalls zu.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Hinsichtlich der Entwicklung der Grundsteuer erläutert **Herr Jakobs**, dass neue, jedoch noch unvollständige Daten vom Landesamt für Statistik vorliegen würden. Es seien noch nicht alle Steuerpflichtigen erfasst, und einige Grundstücke müssten noch bewertet werden. Eine Liste mit den noch fehlenden Grundstücken solle voraussichtlich Ende des Monats vorliegen. Er betont die Bedeutung dieser Daten für die Bodenrichtwerte und die Grundsteuerberechnung. Fehlende Großgrundstücke könnten die Aussagekraft der bisherigen Ergebnisse stark beeinflussen. Herr Jakobs vermutet, dass voraussichtlich am 27.09.2024 eine genauere Einschätzung der Situation möglich sei, und möglicherweise eine Erhöhung des Hebesatzes erforderlich werde, um aufkommensneutral für die Stadt zu bleiben.

TOP 10 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.